

Nr. 20/293

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Silvester Feuerwerke im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/278](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 30. Juni 2020
(Drucksache [20/518](#))
2. Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021
(Zensusausführungsgesetz 2021 – ZensAG 2021)
Mitteilung des Senats vom 10. März 2020
(Drucksache [20/316](#))
3. Medienkompetenz von der Kita bis ins hohe Alter stärken
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/439](#))
4. Internationalisierung der Universität und der Hochschulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 1. Juli 2020
(Drucksache [20/523](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 8. September 2020
(Drucksache [20/599](#))
5. Sachstandsbericht an die Bürgerschaft zum Thema Assistenz im Krankenhaus für Menschen mit Behinderung sicherstellen
Mitteilung des Senats vom 18. August 2020
(Drucksache [20/567](#))
6. Wann werden die Zielzahlen der Polizei im Land Bremen erreicht?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. September 2020
(Drucksache [20/577](#))
7. Gesetz zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag
Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2020
(Drucksache [20/562](#))

Nr. 20/294

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 5. Oktober 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten
Mitteilung des Senats vom 22. September 2020
(Drucksache [20/617](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
2. Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom September 2020
Mitteilung des Senats vom 29. September 2020
(Drucksache [20/633](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
3. Personalbericht 2020 – Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes mit den Daten des Jahres 2018
Mitteilung des Senats vom 29. September 2020
(Drucksache [20/634](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
4. Verwaltungsvereinbarung – Finanzhilfen des Bundes für das Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder
Mitteilung des Senats vom 29. September 2020
(Drucksache [20/635](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/295

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE:
„Tarifverhandlungen und Warnstreiks: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst brauchen Aufwertung und Anerkennung – auch als Konsequenz aus der Pandemie“;
2. auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:
„Zuständigkeitschaos beenden – Sexueller Gewalt gegen Kinder entschieden entgegnet“;
3. auf Antrag des Abgeordneten Mustafa Güngör und Fraktion der SPD:
„Zukunft der Pilotinnen- und Pilotenausbildung der Lufthansa am Luftfahrtstandort Bremen“.

Nr. 20/296

Auschwitz-Birkenau und andere KZ-Gedenkstätten im Ausland in der Covid19-Pandemie unterstützen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Juli 2020
(Drucksache [20/550](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich gegenüber dem Bund und den anderen Ländern dafür einzusetzen, dass Einnahmeausfälle bei KZ-Gedenkstätten auf den Geländen ehemaliger deutscher Konzentrations- und Vernichtungslager aufgrund der COVID-19-Pandemie von Deutschland gemildert werden, um den Weiterbetrieb und den Fortbestand dieser Gedenkstätten sicherzustellen, und sich im Falle einer gemeinsamen Finanzierung durch den Bund und die Länder an den Kosten zu beteiligen.

Nr. 20/297

Bremisches Ausführungsgesetz zu § 30 Absatz 2 des Infektionsschutzgesetzes

Mitteilung des Senats vom 22. September 2020

(Drucksache [20/616](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 20/298

Beflaggung der Bremischen Bürgerschaft zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE, der CDU und der FDP

vom 6. Oktober 2020

(Drucksache [20/645](#))

Gemäß § 87 Satz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft beschließt die Bürgerschaft (Landtag), dass an der Bremischen Bürgerschaft in der 20. Legislatur jeweils am 25. November die durch die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) zur Verfügung gestellte Flagge „Bremen sagt Nein zu Gewalt gegen Frauen“ zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen gehisst wird.

Nr. 20/299

Rassismus entschieden entgegnet – Landesaktionsplan gegen Rassismus erstellen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 1. Juli 2020

(Drucksache [20/527](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich zu einer pluralistischen Gesellschaft, in der die Menschenrechte geachtet werden, und verurteilt jegliche Art von Rassismus.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen umsetzungs- und maßnahmenorientierten Landesaktionsplan gegen Rassismus zu erstellen, der bestehende Konzepte antirassistischer Arbeit aller Senatsressorts aufgreift, weiterentwickelt und professionalisiert. Dabei soll insbesondere folgende Schwerpunktsetzung erfolgen:
 - a) Sensibilisierung der Gesellschaft für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Abwertungsmechanismen sowie die Förderung von transkultureller Kompetenz und gesellschaftlichem Dialog; dabei soll die Verortung der eigenen Positionierung in gesellschaftlichen Prozessen durch Privilegien bewusst gemacht werden,

- b) Sensibilisierung der bremischen Behörden für strukturelle Benachteiligung und Diskriminierung sowie Professionalisierung durch Fortbildungen zu diskriminierungsfreiem Verhalten und Diversity Management,
- c) Stärkung der antirassistischen Bildungsarbeit sowohl in Kindertageseinrichtungen, Schulen als auch in außerschulischen Lernorten sowie der Ausbau des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“,
- d) Umsetzung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG) im Land Bremen, einschließlich innerbetrieblicher Beschwerdestellen und des Abbaus möglicher Schutz- und Beratungslücken,
- e) Darlegung, wie die Schaffung von Antirassismus-Beauftragten in Ressorts und Ämtern als Maßnahme zur Verhütung von etwaigem institutionellem Rassismus ermöglicht werden kann, die intern und extern ansprechbar und zum Beispiel Bestandteil der innerbetrieblichen Beschwerdestellen sind,
- f) Schutzmaßnahmen für körperliche und psychische Unversehrtheit, unter anderem auch bei rassistischer Hetze im Netz, zum Beispiel in Form von Beratung oder verbesserter Strafverfolgung,
- g) Schaffung einer regelmäßig aktualisierten und landesspezifischen wissenschaftlichen Grundlage für den Ausbau und die Anpassung von Präventionsmaßnahmen in Bremen und Bremerhaven.

Bei der Erstellung des Landesaktionsplans gegen Rassismus sollen die gesellschaftlich relevanten Felder und deren Institutionen betrachtet sowie Migrantinnenverbände/Migrantenverbände und Religionsgemeinschaften im Land Bremen wie auch der Bremer Rat für Integration gehört und eingebunden werden. Eine wiederkehrende Veranstaltungsreihe soll als Diskussions- und Kommunikationsplattform des Landesaktionsplans dienen.

3. Der Landesaktionsplan gegen Rassismus ist der Bürgerschaft (Landtag) bis März 2021 vorzulegen.

Nr. 20/300

„Digitales Gesamtkonzept Schule“ für Bremen und Bremerhaven

Antrag der Fraktion der FDP
vom 17. Juli 2020
(Drucksache [20/554](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/301

Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung im Bremer Bildungssystem – Sachstand und Ausblick

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. Februar 2020
(Drucksache [20/289](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/432](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/302

Bündelung der Verantwortung für alle bremischen Seehäfen beim Land

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. April 2020
(Drucksache [20/356](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. September 2020

(Drucksache [20/618](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 20/303

Das Wahlrecht für Obdachlose stärken

Mitteilung des Senats vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/418](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 20/304

Fragestunde

1. Prozess zur Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe
Anfrage der Abgeordneten Jasmina Heritani, Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 10. September 2020
2. Export von Plastikmüll
Anfrage der Abgeordneten Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 10. September 2020
3. Stand der Planungen für den Neubau des Ausstellungsbereiches „Extremwetter“ im Klimahaus Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Thorsten Raschen, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. September 2020
4. Wann kommt ein ezidisches Gemeindehaus in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 14. September 2020
5. Mindestlohn bei den Botendiensten
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 14. September 2020
6. Welchen Stellenwert hat barrierefreies Planen und Bauen für den Senat?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. September 2020
7. Seute Deern auf Grund – Kosten durch die Decke?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Sülmez Dogan, Maurice Müller, Dorothea Fensak, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. September 2020

8. Thema „Koloniales Erbe“ in den Bildungsplänen der Bremer Schulen
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 17. September 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Verbot von Reichs- und Reichskriegsflaggen
Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 17. September 2020

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 20/305

„First in – Last out“ – Überbrückungsmaßnahmen und Förderprogramme für die Veranstaltungswirtschaft zielgenau ausrichten!

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 30. September 2020
(Drucksache [20/637](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/306

Die Veranstaltungswirtschaft im Land Bremen auf dem Weg in die Zukunft begleiten

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/643](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. für die Dauer der Pandemie eine ressortübergreifende Koordinierungsstelle einzurichten, die der Gastronomie- und Veranstaltungsbranche in Bremen und Bremerhaven als erste Anlaufstelle zur Verfügung steht; dabei ist insbesondere eine kurzfristige und flexible Erreichbarkeit sicherzustellen;
2. das Projekt „Club 100“ finanziell zu unterstützen, um im PIER 2 eine leistungsfähige Infrastruktur aufzubauen, Konzerte durchzuführen sowie neue Geschäftsmodelle und innovative Veranstaltungskonzepte zu entwickeln und auszuprobieren;
3. ein Veranstaltungsförderprogramm für die örtlichen Clubs, Konzertveranstalterinnen/Konzertveranstalter und privaten Theater aufzusetzen, durch das Veranstaltungen unter Corona-Bedingungen ermöglicht und dadurch Verdienstmöglichkeiten für die Akteurinnen/Akteure der Veranstaltungsbranche und deren nachgelagerte Gewerke realisiert werden;
4. in Abstimmung mit den Beiräten zu prüfen, welche Außenflächen sich für die Umsetzung von Veranstaltungskonzepten ab Beginn des Frühjahrs eignen und gemeinsam mit den lokal ansässigen Branchenvertreterinnen/Branchenvertretern frühzeitig ein Konzept für mehrere Veranstaltungsorte an frischer Luft zu erarbeiten und darüber hinaus ein Förderprogramm für die dafür erforderliche Infrastruktur (Strom, Wasser, Toiletten, Wetterschutz) aufzulegen;

5. die Branche bei Imagekampagnen finanziell zu unterstützen, die darauf zielen, bei Kundinnen/Kunden und Besucherinnen/Besuchern wieder Vertrauen zu schaffen und aufzuzeigen, dass professionelle Veranstaltungen die größtmögliche Sicherheit bieten;
6. zu prüfen, ob bei Gebühren und Fortbildungen, die durch das Infektionsschutzgesetz und die Covid-19-Pandemie nötig sind, Erleichterungen in der Umsetzung und durch den Erlass von Gebühren möglich sind;
7. die Duldung der Erweiterungen der Außengastronomie bis Oktober 2021 zu verlängern und bis dahin auch die Gebühren zu erlassen;
8. einen Runden Tisch mit den Vertretungen der Gastronomie- und Veranstaltungsbranche ins Leben zu rufen, um regelmäßig die Situation der Branchen zu bewerten und gegebenenfalls neue Maßnahmen zu entwickeln oder anzupassen;
9. den Aufbau eines Kompetenznetzwerks aus Agenturen und ihren Partnerinnen/Partner für B2B-Veranstaltungen (Firmenpräsentationen, Messen, Kongresse et cetera) unter Pandemiebedingungen finanziell zu unterstützen und die Anbieterinnen/Anbieter bei der Entwicklung innovativer Produkte zu fördern;
10. zu prüfen, ob und wie durch ein geeignetes Förderprogramm bauliche Maßnahmen unterstützt werden können, durch die eine schnellere Wiederaufnahme, eine sichere Durchführung und eine höhere Kundenakzeptanz des Veranstaltungsbetriebs erreicht werden (zum Beispiel Lüftungstechnik, hygienische und sanitäre Infrastruktur);
11. dafür zu sorgen, dass die spezifischen Bedarfe der Veranstaltungstätigkeit in Bremerhaven angemessen in Programmen und Unterstützungsmaßnahmen des Landes berücksichtigt werden

Nr. 20/307

Übergangspflegestellen im Notaufnahmesystem der Kinder- und Jugendhilfe attraktiver gestalten!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 7. September 2020
(Drucksache [20/591](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. Konzepte und Vergütungsleistungen in der Übergangspflege deutschlandweit im Sinne von „models of best practice“ hinsichtlich der geänderten Bedarfe der Übergangspflegestellen zu prüfen. Ziel ist es dabei, die Übergangspflege für anbietende Familien attraktiver zu gestalten und auch Leistungsvarianten anzubieten, die auf einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beruhen. Sollte keines der Modelle den Anforderungen entsprechen, so ist ein eigenes Konzept zu entwickeln;
2. fußend auf den Ergebnissen des vorangegangenen Absatzes, Werbe- und Akquise-Maßnahmen hinsichtlich der Gewinnung neuer Pflegestellen in der Übergangspflege zu entwickeln, um möglichst viele potenzielle Pflegepersonen anzusprechen;
3. zu prüfen, inwieweit die unterschiedlichen finanziellen Leistungen für die Übergangspflegepersonen weiter entbürokratisiert werden können;
4. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass durch das Angebot der Übergangspflege analog der Angehörigenpflege auch zusätzliche Rentenpunkte erworben werden können;

5. sicherzustellen, dass die Pflegepersonen der Übergangspflegestellen in der individuellen Jugendhilfeplanung berücksichtigt werden;
6. der zuständigen Deputation jährlich über den Fortgang der Aktivitäten des Senats zu berichten, beginnend sechs Monate nach Beschlussfassung der Bürgerschaft (Landtag).

Nr. 20/308

Solidarität mit den friedlichen Protesten in Belarus

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der FDP, der CDU und DIE LINKE

vom 6. Oktober 2020

(Drucksache [20/646](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt weder die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl vom 9. August 2020, noch Alexander Lukaschenka als legitimen Präsidenten von Belarus an und verurteilt jegliche Formen der Gewalt, Repressionen und Verhaftungen durch staatliche Behörden gegen die Bevölkerung und friedlich Demonstrierende.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die geplanten Sanktionen der Europäischen Union gegen Belarus.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt alle Bemühungen um die demokratischen und bürgerlichen Rechte der Menschen in Belarus, die das Recht haben, in einer funktionierenden Demokratie zu leben und über ihre Zukunft selbst zu entscheiden. Die Bürgerschaft (Landtag) wertschätzt insbesondere auch die Menschen und Gruppen in Bremen, vielfach mit belarussischen Wurzeln, die in vielfältiger Art und Weise ihren Protest gegen das Regime zum Ausdruck bringen und mit ihrem Engagement Solidarität mit der belarussischen Bevölkerung üben.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, entsprechend dieser Grundsätze und seinen bundes- und europapolitischen Möglichkeiten sich dafür einzusetzen,
 - a) dass die belarussische Regierung umgehend die Einhaltung der Grundwerte, Menschenrechte und Freiheiten einschließlich der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie der Rechtsstaatlichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger sicherstellt,
 - b) dass der Austausch mit Swetlana Tichanowskaja, den Vertreterinnen und Vertretern des Koordinationsrats und der belarussischen Zivilgesellschaft über weitere Schritte auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene bezüglich der Lösung der politischen Krise in Belarus fortgeführt wird,
 - c) dass die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller Oppositionellen und politischen Gefangenen, zuletzt Maria Kalesnikawa, aller zu Unrecht festgehaltenen Demonstrantinnen und Demonstranten sowie der inhaftierten Journalistinnen und Journalisten schnellstmöglich erwirkt wird,
 - d) dass die Hintergründe über Dutzende Vermisste und unzählige Verbrechen seitens des Lukaschenka-Regimes an der eigenen Bevölkerung gegebenenfalls unter Beteiligung internationaler Organisationen aufgeklärt und strafrechtlich verfolgt werden,

- e) dass ein inklusiver und transparenter nationaler Dialog zwischen dem Lukaschenka-Regime und der Opposition, unter anderem Swetlana Tichanowskaja und den Vertreterinnen und Vertreter des Koordinationsrats, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und unter Vermittlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der EU sowie den Nachbarstaaten mit dem Ziel eines friedlichen Überganges und schnellstmöglichen demokratischen Neuwahlen befördert wird,
- f) dass die belarussische Regierung den Weg für wirklich demokratische und unter internationaler Beobachtung durchgeführte Neuwahlen freimacht, zu der alle Kandidatinnen und Kandidaten für das Präsidentschaftsamt nach rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien zugelassen werden,
- g) dass weiteres wirtschaftspolitisches Engagement seitens der EU in Belarus an Bedingungen des Aufbaus von demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen geknüpft werden sollen,
- h) dass eine weiterhin stabilisierende Einflussnahme und Unterstützung Lukaschenkas durch russische Kräfte nicht stattfindet. Insbesondere die Zusammenarbeit von russischen und belarussischen Sicherheitsorganen ist mit Blick auf die aktuellen innenpolitischen Prozesse in Belarus unverzüglich einzustellen.

Nr. 20/309

Energie- und Wassersperren minimieren, Härtefallfonds realisieren: Konzept für die Ausgestaltung des Härtefallfonds „Energie- und Wassersperren“ entwickeln

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/650](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept zur Ausgestaltung des Härtefallfonds Energie- und Wassersperren und des Zugangs zum Härtefallfonds zu entwickeln, welches
 - a) die Zielsetzung verfolgt, Strom-, Gas- und Wassersperren weiter zu reduzieren und hierfür geeignete Kriterien für Härtefälle zu definieren,
 - b) den Personenkreis definiert, der antragsberechtigt sein kann,
 - c) Überlegungen ausarbeitet, in welcher Weise drohende Sperrandrohungen vorrangig eine Prüfung von Sozialleistungsträgern (Jobcenter, Amt für Soziale Dienste) auf Zahlungsübernahme oder Darlehensvergabe bewirken,
 - d) sicherstellt, dass für den Fall, dass eine Kostenübernahme oder ein Darlehen seitens des Jobcenters oder Amtes für Soziale Dienste nicht möglich oder nicht zielführend sind, diese einen direkten Antrag an den Härtefallfonds weiterleiten, hierfür muss geprüft werden, welche datenschutzrechtlichen Hürden beseitigt werden müssen,
 - e) die Verzahnung zwischen „Rundem Tisch Energie- und Wassersperren im Land Bremen vermeiden“, Jobcenter und Amt für Soziale Dienste sowie Sozialberatungsstellen in der Beantragung von Zahlungsübernahmen aus dem Härtefallfonds darlegt,

- f) den Prozess der Antragstellung an den Härtefallfonds unter Berücksichtigung der Erfahrungen in anderen Städten wie Hannover prüft mit dem Ziel, Hürden in der Zugänglichkeit zum Härtefallfonds möglichst niedrig zu halten; vor diesem Hintergrund ist zu klären, wie der Ausschluss von Personengruppen vermieden werden kann, die keine Möglichkeit haben, zum Beispiel Darlehen im Rahmen von Sozialleistungen zu erhalten,
 - g) festlegt, welche Maßnahmen auf eine Antragstellung an den Härtefallfonds folgen, etwa die befristete Aussetzung von Sperrandrohungen,
 - h) sicherstellt, dass der Personenkreis, der Leistungen aus dem Härtefallfonds erhält, verpflichtend eine Energiesparberatung erhält,
 - i) ausschließt, dass private Vermieterinnen/Vermieter, die durch Nichtweiterleitung von Energiekosten ihre Mieterinnen/Mieter in Energiesperren treiben, Zugang zum Härtefallfonds bekommen,
 - j) den Bedarf von mehrsprachigen Informationsangeboten, Anschreiben, Anträgen und Beratungen berücksichtigt,
 - k) die Finanzierungsmodalitäten des Härtefallfonds auch unter der Beteiligung von Energie- und Wasserversorgern und dem Land Bremen klärt,
 - l) die personellen Ressourcen für die Bearbeitung von Härtefallanträgen und die notwendige institutionelle Kommunikation zwischen den Akteurinnen/Akteure im Härtefallfonds darstellt sowie die Rechtsform und Organisation des Härtefallfonds klärt.
2. Das Konzept soll der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration binnen vier Monaten zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Nr. 20/310

Externe Evaluation zur kontinuierlichen Verbesserung frühkindlicher Bildung

Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Juni 2020
(Drucksache [20/419](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/311

Keine Anrechnung von Elterngeld und Kindergeld: Soziale Gerechtigkeit für Eltern im Bezug von SGB II-, SGB XII und AsylBLG-Leistungen schaffen!

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Juni 2020
(Drucksache [20/451](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für eine Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz einzusetzen, wonach der Basisbetrag des Elterngeldes anrechnungsfrei auf Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII und dem AsylBLG sein soll und von Leistungsempfängerinnen/Leistungsempfängern 14 Monate, beziehungsweise in dem Umfang, in dem er erwerbstätigen Elternpaaren zusteht, bezogen werden kann;

2. sich auf Bundesebene für eine Reform des SGB II, SGB XII und AsylBLG einzusetzen, wonach der Bezug von Kindergeld auf diese Leistungen anrechnungsfrei ist.

Nr. 20/312

Krise als Chance nutzen, ein Zukunftskonzept für die Jacobs University Bremen gemeinsam entwickeln!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Oktober 2020 (Neufassung der Drs. [20/515](#) vom 30.06.20)
(Drucksache [20/647](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 7. Juli 2020

(Drucksache [20/542](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 20/313

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Klimaschutz an Hochschulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/437](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 1. September 2020
(Drucksache [20/581](#))
2. Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung übernehmen und einen Ort des Gedenkens und Mahnens schaffen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 30. Juni 2020
(Drucksache [20/521](#))
3. Flut von Einwegbechern eindämmen – effektive Lösungen für einen nachhaltigen Konsum von Heißgetränken umsetzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Dezember 2019
(Drucksache [20/211](#))
4. Flut von Einwegbechern eindämmen – effektive Lösungen für einen nachhaltigen Konsum von Heißgetränken umsetzen
Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie
vom 17. Juli 2020
(Drucksache [20/545](#))
5. Social Entrepreneurship im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. Juli 2020
(Drucksache [20/532](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 18. August 2020
(Drucksache [20/568](#))

6. Europäischen Jugendaustausch stabilisieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 8. Juli 2020
(Drucksache [20/543](#))
7. Gutschein-Lösung – Verbraucher und Verbraucherinnen besser schützen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 15. Juli 2020
(Drucksache [20/551](#))
8. Die Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 20. Juli 2020
(Drucksache [20/555](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 25. August 2020
(Drucksache [20/572](#))
9. Erinnerungskonzept Novemberrevolution 1918/19
Mitteilung des Senats vom 22. Juli 2020
(Drucksache [20/559](#))
10. 100 Jahre Novemberrevolution: Startschuss für Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung
Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/589](#))
11. Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes nutzen – Anreize für Väter erhöhen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Juli 2020
(Drucksache [20/560](#))
12. Update für das Elterngeld
Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/604](#))
13. „Aktionsplan Alleinerziehende“
Zwischenbericht zur Vorbereitung und zum Umsetzungsstand des Landesprogramms
Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2020
(Drucksache [20/563](#))
14. Überprüfung der Mittelvergabe innerhalb der linkspolitischen Bereiche
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 1. September 2020
(Drucksache [20/586](#))
15. Ökonomische Bildung darf keine Nebensache sein – Junge Menschen auf ein selbstständiges Leben vorbereiten!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/588](#))
16. Realitäten erkennen, Chancen nutzen, Zukunft gestalten – Medienkompetenz in der frühkindlichen Bildung stärken
Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/592](#))
17. Dienstfahrräder für den öffentlichen Dienst einführen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/594](#))

18. Nutzung und Installierung von Pavillons/fliegenden Bauten im gastronomischen Bereich auf privatem und öffentlichen Grund in den Wintermonaten
Antrag des Abgeordneten Peter Beck
vom 9. September 2020
(Drucksache [20/607](#))
19. Ausbildung auch in der Corona-Krise sichern – Schutzschirm für Ausbildungsplätze aufspannen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/534](#))
20. Ausbildung auch in der Corona-Krise sichern – Schutzschirm für Ausbildungsplätze aufspannen
Bericht der Deputation für Wirtschaft und Arbeit
vom 7. September 2020
(Drucksache [20/590](#))
21. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 11
vom 25. September 2020
(Drucksache [20/625](#))
22. Bremer Kultur-„Netflix“ schaffen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. September 2020
(Drucksache [20/626](#))
23. Erschwerniszulage für Bremer Verfassungsschützer einführen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. September 2020
(Drucksache [20/627](#))
24. Sicherstellung der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung im Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. September 2020
(Drucksache [20/630](#))
25. Attraktivität der JuLeiCa-Angebote in Bremen und Bremerhaven steigern!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 1. Oktober 2020
(Drucksache [20/640](#))